

Schwedter Tageblatt

Verkundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 277

Sonntag, den 26. November 1927

34. Jahrgang

Chronik des Tages.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte eine Unterredung mit dem Führer der russischen Abrüstungsdelegation, Litwinow.
Der Reichstag unterbrach am Freitag seine Plenarberatungen und vertagte sich auf Donnerstag.
Das deutsch-polnische Wanderarbeiterabkommen ist nunmehr in Warschau unterzeichnet worden.
Rußland hat in Warschau und Kowno Noten zum polnisch-litauischen Streit überreichen lassen.
In Tirana unterzeichnete Militärbündnisvertrag zwischen Italien und Albanien hat in Frankreich große Erregung hervorgerufen.
Nach einer Meldung aus Dresden wurde Baron Edgar von Reichardt gegen eine Kaution von 10 000 Mark in Freiheit gesetzt.
Von dem Dampfer „Mexiko“, der sich mit mehr als 150 Personen an Bord im Golf von Mexiko befinden soll, werden SOS-Rufe ausgesandt.
Zu einer gewaltigen Revolte kam es im kalifornischen Zuchthaus Folsom. Das Zuchthaus mußte mit Feldartillerie, Tanks und 500 Maschinengewehren belagert werden. Neun Zuchthäuser und zwei Wärdner wurden getötet.

Unsichere politische Lage im Osten.

Polnischer Handstreich auf Litauen befürchtet! — Rußland warnt Polen.
Die politische Lage im Osten und Südosten Europas sieht sich immer mehr zu! Seit einiger Zeit sind Gerüchte über polnische Absichten zur Einverleibung Litauens im Umlauf, die jetzt durch einen Schritt Moskaus in Warschau ein ernstes Gesicht bekommen. Die plötzliche Reise des polnischen Außenministers Jazelski und Marschalls Pilsudski nach Wilna, wo sie mit dem polnischen Gesandten in Moskau, Patet, zusammentrafen, hat in Rußland und den Nachbarstaaten große Erregung ausgelöst. Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der russische Gesandte Bogomolow im Auftrage der Sowjetregierung am Freitag eine Note überreicht, in der die polnische Regierung auf die ernste Gefahr aufmerksam gemacht wird, die dem Frieden droht, wenn Litauen seine Unabhängigkeit verlieren würde! Gleichzeitig hat Rußland auch in der litauischen Hauptstadt Kowno eine Note überreichen lassen.

Wie ernst die Lage in Rußland betrachtet wird, beweist eine Meldung aus Moskau, der Erkundigungen an zuständiger Stelle zu Grunde liegen und in der es heißt: „Neber die Wilnaer Zusammenkunft besteht in Moskau größte Beunruhigung. Die Reise Patets nach Wilna wird hier als ein

Symptom bevorstehender Annektsionspläne

gedeutet, und zwar in dem Sinne, daß der polnische Gesandte im Falle der Verwirklichung der Annektsionspläne in Moskau nicht anwesend sein möchte. Man befürchtet, daß die Besprechungen in Genf zu spät kommen, um das vor der Tür stehende Ereignis der Besitzergreifung Litauens abzuwenden! Ein solches Faktum würde hier als eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichtes aufgefaßt, die die schwerste Gefährdung des Friedens in Europa bedeuten würde.

Weitere alarmierende Nachrichten kommen aus Riga, wo die Zeitungen aufsehenerregende Artikel mit Überschriften wie „Litauen vor großen Erregungen?“, „Hat die letzte Stunde von Litauens Unabhängigkeit geschlagen?“

bringen. Aus Wilna trifft die Nachricht ein, daß die litauischen Emigranten, die dort mit Pleischkatis an der Spitze mit polnischer Hilfe den Vormarsch nach Kowno vorbereiteten, ihre sämtlichen Kräfte mobilisieren. Die litauischen Emigranten aus Riga, soweit sie Anhänger Pleischkatis sind, wurden telegraphisch nach Wilna berufen.

Ferner soll Polen beabsichtigen, den jetzigen Woswoden von Wilna durch General Zeligowski, der feinerzeit den Handstreich gegen Wilna durchführte, zu ersetzen. Das würde natürlich neue Erregungen auslösen.

In Deutschland steht man den Alarmmeldungen abwartend gegenüber. Tatsache ist allerdings, daß der Wilna-Streit nur im Gange ist. Kowno hat bekanntlich an den Völkerbund eine Note gerichtet, in der es Polen Wählerereien gegen Litauen beschuldigt. Versuche, Litauen zur Zurücknahme seiner Note zu veranlassen, sind fehlgeschlagen. Damit muß der Völkerbund im Dezember zum polnisch-litauischen Streit Stellung nehmen. Polen scheint nun die Absicht zu haben, den Spieß umzudrehen und Litauen veranlassen zu wollen, den noch bestehenden Kriegszustand mit Polen zu beenden. Litauen soll sich mit dem Verlust Wil-

na endgültig abfinden! Neben der polnischen Regierung scheinen aber auch noch andere Elemente am Werke zu sein, deren Absichten und Handlungen unkontrollierbar sind.

Genf-Reise Pilsudskis?

Warschau, 26. Novbr. Marschall Pilsudski ist von Wilna nach hier zurückgekehrt. Die Blätter verzeichnen das Gerücht, daß Pilsudski aller Wahrscheinlichkeit nach zur Dezembertagung des Rates mit Jazelski nach Genf fährt, um Polens Standpunkt im Streit mit Litauen persönlich zu vertreten.

Um die Gemeinde-Anleihen.

Die Beratungskommission vertrat die Entscheidung, um sich zunächst einen Überblick zu verschaffen.

Der Beratungskommission für Auslandsanleihen sind von mehreren Gemeinden Anträge zur Begutachtung von Auslandsanleihen zugegangen. Nach Mitteilungen von zuverlässiger Seite ist die Beratungskommission jedoch der Auffassung, daß die Gesamtlage es zur Zeit nicht gestattet, einzelne solcher Anträge zu behandeln. Es erscheint vielmehr erforderlich, sich zunächst ein Gesamtbild über die für den Anleihebedarf in Betracht kommenden Verhältnisse der Gemeinden zu machen, um eine gerechte und zweckmäßige Entscheidung in der Verteilung des etwa zur Verfügung stehenden Auslandskapitals sicherzustellen. Daher findet zunächst eine Rundfrage an die größeren deutschen Gemeinden statt, die Unterlagen für das vorhandene Anleihebedürfnis der Gemeinden unter Berücksichtigung ihrer Finanzlage bringen soll. Dabei wird insbesondere auch eine Klärung der wichtigen Frage der kurzfristigen Verschuldung der Gemeinden angestrebt.

Eine pommerische Auslandsanleihe geplant.

Stettin, 26. Novbr. Der Pommerische Provinziallandtag beschloß die Aufnahme einer Auslandsanleihe in Höhe von 40 Millionen Mark, wovon 30 Millionen zur Hebung der Kreditnot der pommerischen Landwirtschaft und 10 Millionen für Industrie und Handwerk bestimmt sind. Ferner wurde beschlossen, daß die Provinz sich an den staatlichen Notstandsmaßnahmen für die durch die Unweiterkatsastrophe geschädigte Landwirtschaft mit 2 Millionen beteiligen soll, die ebenfalls im Wege von Anleihen aufgebracht werden sollen.

Erregung über Italiens Militärpakt mit Albanien.

Eine schallende Ohrfeige für Briand.

Der Balkan entwickelt sich in schnellem Tempo zum Schauplatz sich ständig erweiternder Gegensätze! Mussolini hat Frankreichs Vertrag mit Südslawien zum Anlaß genommen, um mit Albanien ein Militärbündnis von größter Tragweite zu unterzeichnen. Die Erregung, die diese Wendung der Dinge in Frankreich hervorgerufen hat, ist groß, bedeutet sie doch eine schallende Ohrfeige für Briand.

Italien hat Albanien auf 20 Jahre an sich gefesselt, kann dort halten und walten, wie es ihm beliebt, und regelt die Frage der gemeinsamen Verteidigung beider Staaten im Falle eines Krieges mit anderen Mächten in einer Weise, die in Paris und Belgrad als Herausforderung angesehen werden muß.

Da der Vertrag beim Völkerbund registriert werden soll, muß noch abgewartet werden, ob Genf sich mit dem Militärpakt ohne weiteres abfinden wird. Groß sind die Aussichten für Frankreich nicht, mit Hilfe des Völkerbundes seine Niederlage auf dem Balkan wieder wett zu machen. Mit dem in Tirana unterzeichneten Vertrag hat Italien seinen diplomatischen Vormarsch Frankreich gegenüber um ein großes Stück gefördert! Nimmt man hinzu, daß mit dem Tod Joan Bratianus auch das stärkste Hindernis für eine enge Verbindung zwischen Rom und Rumänien gefallen ist, so ist die Besorgnis in Paris wohl begründet. Der Gegensatz zwischen Italien und Frankreich nimmt allmählich Formen an, die äußerst beunruhigend wirken.

Der Inhalt des Militärabkommens.

Unwandelbares Verteidigungsbündnis für 20 Jahre. — Freies Interventionsrecht.

Der italienisch-albanische Pakt trägt den Namen „Defensivbündnis“, besteht aus einem Vorwort, sieben Artikeln und zwei Anhängeln. Beide Staaten schließen sich eng aneinander, kommen überein, die Interessen und Vorteile des anderen mit dem

gleichen Eifer wie die eigenen zu verfolgen, und verpflichten sich, zwanzig Jahre hindurch ein unwandelbares Verteidigungsbündnis einzugehen. Italien und Albanien wollen ihre ganze Aufmerksamkeit und ihre ganzen Mittel für die Garantie der Sicherheit ihrer Staaten und für gegenseitige Verteidigung und Schutz gegen jeden Angriff von außen anwenden.

Falls eine Partei von einem von ihr selbst nicht herausgeforderten Krieg bedroht wird, will die andere Partei alle zur Verfügung stehenden wirksamen Mittel anwenden, nicht nur um die Feindseligkeiten zu verhindern, sondern um der bedrohten Partei auch eine gerechte Genugtuung zu verschaffen! Selbstverständlich fehlt auch keine Bestimmung, in der sich Italien und Albanien verpflichten, ohne gemeinsame Verständigung im Kriegsfall weder Frieden zu schließen, noch einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Falls die Kriegslage es erfordert, wollen beide Staaten ihre militärischen und finanziellen Mittel einander in unbeschränktem Maße zur Verfügung stellen, um ihr Schicksal miteinander zu verschmelzen!

Die Frage des Oberbefehls und der Hilfstruppen.

Der zum Vertrag als integrierender Bestandteil gehörige Briefwechsel besagt, daß, im Falle eines unprovokierten Angriffs der angegriffene Teil Waffenhilfe benötigt, die ihm zu Hilfe gefandene Truppen auf albanischem Gebiet dem albanischen Oberbefehlshaber, auf italienischem Gebiet dem italienischen Oberbefehlshaber unterstellt werden, und daß sie nach Friedensschluß in einem ihnen von dem verbündeten Oberbefehlshaber bestimmten Zeitraum das Gebiet des Verbündeten zu verlassen haben.

Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften für Auslandsanleihen und Staatsvereinfachung.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, veröffentlicht ein Wirtschaftsprogramm in dem ausgeführt wird, der Ausbau der produktiveren Kräfte der deutschen Wirtschaft mache vorläufig den Zustrom ausländischer Gelder noch unentbehrlich. Durch Zins- und Tilgungsbeträge werde die Währung nicht erschüttert, wohl aber durch Erschütterung des Vertrauens des Auslandes in die deutsche Wirtschaft. Der Wohnungsbau müsse durch öffentliche Mittel und durch Verwendung von Auslandsgeldern gefördert werden. Der Ausgleich des Staats sei durch Verschärfung der Erbschaftsteuer, des Branntweinmonopols und durch eine Umgestaltung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat herbeizuführen.

Der Reichstädtetbund verteidigt die Anleihepolitik der Gemeinden.

Berlin, 26. Novbr. Der Gesamtverband des Reichstädtetbundes faßte in seiner letzten Sitzung einstimmig eine Entschliessung, in der es heißt: „Es ist unverantwortlich, daß in der Öffentlichkeit, auch vor amtlichen Stellen, wiederholt Vorwürfe gegen die Ausgaben- und Anleihepolitik der Gemeinden im allgemeinen erhoben werden, die geeignet sind, die Finanzwirtschaft aller Gemeinden im Inlande und Auslande in Miskredit zu bringen. Der Gesamtverband des Reichstädtetbundes weist im Namen der von ihm vertretenen mittleren und kleinen deutscher Städte derartige verallgemeinernde Vorwürfe als völlig unberechtigt zurück!“

Die Krankenversicherung der Seelente.

Aus dem Reichstag.

Berlin, den 25. November 1927.

Der Reichstag überweist in seiner heutigen Sitzung ohne Aussprache die Reichshaushaltsrechnung 1928 an den Geschäftsausschuß und beginnt danach die erste Lesung der Vorlage über die Krankenversicherung der Seelente.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

begründet die Vorlage und bezeichnet sie als Erfüllung einer alten sozialpolitischen Forderung. Bisher seien die Seelente hinsichtlich der Krankenversicherung anderen Arbeitnehmern gegenüber rechtlich benachteiligt gewesen. Der Entwurf verbinde in der technischen Durchführung der Krankenversicherung neues mit bestehendem, indem er die Einrichtungen der See-Invalidentversicherung benutze. Die neue See-Krankenkasse fasse sich den vorhandenen Institu-